

Grundfragen des Wandels der deutschen und europäischen Gesellschaft

Zum Wandel der deutschen und europäischen Gesellschaften durch die Präsenz des Islam

Mathias Rohe

A. Einführung

Der Islam ist in Europa keineswegs eine neue Erscheinung. Seit dem 8. Jahrhundert hat er in vielen Teilen Europas von der iberischen Halbinsel über Süditalien und den Balkan bis in die Schwarzmeerregion kulturprägend gewirkt. In Albanien und im Kosovo bilden Muslime noch heute die Mehrheit der Bevölkerung, andere Staaten Südosteuropas weisen große muslimische Bevölkerungsgruppen auf.

Während der positive kulturelle Einfluss islamisch-orientalischer Kultur in den unterschiedlichsten Feldern von Wissenschaft, Landwirtschaft, Handel, Kunst und Kultur weitgehend in Vergessenheit geraten ist, sind Erinnerungen an militärische Konfrontation, insbesondere mit dem osmanischen Reich, noch weit mehr präsent; wiederum vergessen sind hierbei politische Allianzen bis hin zum Ersten Weltkrieg. Der Verfasser besitzt eine Medaille aus dem Jahre 1915, auf der die Portraits der Herrscher Deutschlands, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reichs unter dem Motto „soli deo gloria“ vereinigt sind...

Historische Reminiszenzen sind allerdings weniger klimaprägend als die Folgen von Migrationsentwicklungen der letzten Jahrzehnte und die zunehmende Entwicklung des Islam zum Angstfaktor. Hier geht es nicht nur um die nur allzu berechtigte Furcht vor islamisch begründetem Extremismus bis hin zu schwersten Gewalttaten, sondern um ein diffuses Gefühl der Bedrohung durch alles Islamische. Vor allem aber scheinen die Folgen einer wenig durchdachten Migrationspolitik, soweit Muslime betroffen sind, die Debatte zu prägen. Muslimische Präsenz in größerer Zahl ist ja für viele Teile Europas einschließlich Deutschlands eine vergleichsweise sehr junge Erscheinung.

Anders als in den klassischen Einwanderungsländern wie Kanada, den USA oder Australien wird hierzulande Migration von vielen immer noch weit mehr als Bedrohung denn als Chance wahrgenommen. Tatsächlich hat die Zuwanderungspolitik vergangener Jahrzehnte vorwiegend wenig ausgebildete Arbeitskräfte für die Verrichtung einfacher und körperlich anstrengender Tätigkeiten ins Land gebracht, deren Arbeitsplätze mittlerweile weitgehend weggefallen sind. Anders als allseits zunächst erwartet ist ein erheblicher Teil dieser Menschen auf Dauer im Land geblieben, ohne dass so gleich die notwendigen institutionellen Reaktionen z. B. im Bildungsbereich erfolgt wären. Erst in den letzten Jahren hat sich dies geändert. Dass Bildungszugänge weitestgehend nichts mit der Religionszugehörigkeit der Betroffenen zu tun hat, zeigt der

Umstand, dass Schülergruppen unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft bei vergleichbarem Sozialstatus auch vergleichbar niedrig qualifiziert sind, bspw. Italiener und Türken. Andererseits sind auch muslimische Kinder aus gebildeten Familien wiederum überdurchschnittlich erfolgreich. Vergleiche nur aufgrund der Religionszugehörigkeit ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Faktoren führen daher in die Irre.

Hinzu kommt, dass sich vor allem seit den Terroranschlägen vom 11.9.2001 die öffentliche Wahrnehmung von Migranten geändert hat – ein Umschwung vom „Ausländer“ zum „Muslim“. Vielfältige Erfahrungen aus öffentlichen Veranstaltungen zeigen, dass oft umstandslos Probleme mangelnder Sprachbeherrschung und damit verbundener Schwierigkeiten in Bildung und Arbeit, Diskriminierung, kulturell bedingte Verhaltensweisen hinsichtlich Ehrverständnis oder Kommunikationskultur oder Phänomene eines übersteigerten Nationalismus z. B. unter Türken mit der Religion des Islam vermischt werden. Die inhaltlich oft grob verzerrenden öffentlichen Äußerungen zur jüngsten Studie der Deutschen Islamkonferenz über junge Muslime in Deutschland haben dies eindrucksvoll bestätigt. Zudem werden Vorkommnisse in der gesamten vom Islam geprägten Welt, z. B. in Saudi-Arabien, Iran oder Pakistan, oft umstandslos auf hier lebende Muslime übertragen, obwohl sie keinerlei Beziehung zu den dortigen Verhältnissen haben und auch nicht für sie verantwortlich sind.

Im Folgenden soll deshalb der Blick vor allem auf die Situation in Deutschland gelenkt werden. Es sei aber darauf hingewiesen, dass die „Arabellion“ gezeigt hat, dass sehr wohl auch in der „islamischen Welt“ starke Kräfte von innen versuchen, demokratisch-rechtsstaatliche Verhältnisse durchzusetzen, wenngleich bislang mit ungewissen Erfolgsaussichten.

B. *Veränderungen durch die Präsenz des Islam*

Verändert die Präsenz des Islam Deutschland? Vielleicht ist schon die Frage falsch formuliert. „Der Islam“ als Abstraktum ist nicht „präsent“; präsent sind Musliminnen und Muslime, die hier leben, sowie die Vorstellungen von ihnen, die durchaus nicht immer die Realität treffen. Das beginnt schon mit einer verbreiteten essentialistischen Sicht des Islam als einer vormittelalterlichen, unveränderlichen Religion und Kultur in erheblichen Teilen der Bevölkerung einschließlich einiger weniger Wissenschaftler, die Entwicklungen der Neuzeit offenbar nicht wahrnehmen (wollen). Der Vielfalt muslimischer Haltungen zu ihrer Religion und ihrer Umwelt wird das keinesfalls gerecht. Was also kann die Präsenz von Musliminnen und Muslimen verändern?

Am deutlichsten sichtbar wird muslimisches Leben zum einen im Alltag, wenn zum Beispiel religiös begründete Bekleidungsitten wie das Kopftuch, Speisegewohnheiten (z. B. Angebot von „Halal-Fleisch“) oder Rituale wie das Gebet oder das Fasten im Monat Ramadan in der Öffentlichkeit auftauchen. Von einer wirklichen Ver-

änderung wird man hier kaum reden können, sofern nicht wie in einigen wenigen Stadtvierteln einzelner Großstädte eine kompakte muslimisch geprägte Infrastruktur entsteht. Es geht vielmehr um eine Ergänzung, wie sie durch Migrationsprozesse stets stattgefunden hat.

Eine Veränderung im öffentlichen Raum ist zudem in einer Institutionenbildung erkennbar, die sich etwa in der Etablierung islamischen Religionsunterrichts in öffentlichen Schulen und nun auch islamisch-konfessioneller Theologie in einigen deutschen Universitäten niederschlägt. Diese Veränderungen finden auf der Grundlage der geltenden Rechtsordnung statt und werden im Rahmen des rechtlich Möglichen und Zulässigen auch aktiv durch staatliche Instanzen gefördert, bemerkenswerter Weise getragen von allen demokratischen politischen Richtungen.

Wohl noch deutlicher sichtbar ist die gegenständliche Veränderung des öffentlichen Raums durch Errichtung von Moscheen, teils mit Minaretten, und in einzelnen Fällen mit lautstärkerverstärktem Ruf zum Gebet. Auch diese Entwicklung vollzieht sich im allgemein geltenden rechtlichen Rahmen der Religionsfreiheit und ihrer Grenzen. Wenn hier also schlicht von der verfassungsrechtlich religionsneutral gewährleisteten Religionsfreiheit Gebrauch gemacht wird, ist dies nicht etwa als „Islamisierung“ des Landes zu sehen, sondern als schlichter Fall rechtlicher und gesellschaftlicher Normalität im Hinblick auf eine nach Millionen zählende Bevölkerungsgruppe.

Während exotische bauliche Vorläufer wie die barocke Moschee im Schwetzingen Schlossgarten oder Moscheen nachgebildete, repräsentative Gebäude wie das Kraftwerk bei Potsdam im mamlukischen Stil oder die ehemalige Yenidze-Tabakwarenfabrik in der Dresdner Innenstadt Faszination spiegeln, kommt es bei Bauten in der Gegenwart gelegentlich zu massiven Konflikten über die normalen nachbarschaftlichen Interessengegensätze hinaus. Dabei wird oft – ähnlich wie bei der berüchtigten Minarett-Abstimmung in der Schweiz im Jahre 2009, die nach fast allgemeiner Meinung unter Juristen zu einer menschenrechtswidrigen Beschränkung der Religionsfreiheit geführt hat – eine Stellvertreterdebatte geführt. Angriffspunkt ist nicht eigentlich das Gebäude, sondern die Befürchtung, es könne dort Extremismus und eine Art „Gegengesellschaft“ entstehen. Hier sind Transparenz von Seiten aller Beteiligten und ein aufrichtiges Aufeinander-Zugehen im Rahmen des geltenden Rechts erforderlich und in vielen Fällen auch erfolgreich. Veränderung ist meist mit Reibung verbunden, muss aber keineswegs nachteilig wirken.

Eine negative Veränderung ist allerdings in Gestalt aufkommender islamfeindlicher Grüppchen und Internetblogs zu sehen, deren ideologischer Islamhass gelegentlich auch in die Mitte der Gesellschaft einzudringen droht. Bislang konnten sich in Deutschland – anders als in den skandinavischen Staaten, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Italien, der Schweiz, Österreich und Ungarn – keine nennenswerten dezidiert islamfeindlichen Parteien etablieren. Die einschlägig aktive Splittergründung „Die Freiheit“ ist bereits wieder im für Fanatiker typischen Selbsterfleischungsprozess

begriffen. Gefährlicher können hasserfüllte Internetblogs wie „Politically incorrect“ wirken, die bei wenig gefestigten Persönlichkeiten, wie sie sich in derlei Foren zu tummeln pflegen, Mechanismen einer Selbstradikalisierung auslösen können, darin der jugendlichen Islamistszene nicht unähnlich. Wohlgermerkt: Hier geht es oft nicht mehr um zulässige, gelegentlich auch notwendige Kritik an bestimmten Erscheinungsformen des Islam, sondern um eine kulturrassistische Verunglimpfung einer ganzen Bevölkerungsgruppe und ihrer Religion. Wenn in derartigen Blogs zum „bewaffneten Widerstand“ aufgerufen wird oder Mordopfer verhöhnt werden, dann sind die Grenzen zulässiger Kritik sicherlich weit überschritten. Es wäre fatal, wenn islamfeindliche Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft eindringen und damit die rechtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens unterminieren könnten. Das gilt auch für faktenarme Rundumschläge einzelner Feministinnen oder „Ex-Muslime“, die ihre im Kern berechtigten Anliegen und kritischen Haltungen in unzulässiger Weise verallgemeinern und Rechtsverstöße muslimischer Extremisten mit dem schlichten Gebrauch der Religionsfreiheit in eins setzen. Solche Aktivitäten sind geeignet, die rechtsstaatliche Ordnung, die angeblich verteidigt werden soll, tatsächlich zu unterminieren.

Gewiss zu einer negativen Veränderung haben kriminelle Taten muslimischer Extremisten geführt, vor denen auch Deutschland nicht verschont geblieben ist. Mord an US-Soldaten am Frankfurter Flughafen ist hier ebenso zu nennen wie mehrere Attentatsplanungen oder die Bildung terroristischer Zellen für weltweite Aktivitäten. Hier von ist die gesamte Gesellschaft betroffen, zuallererst die Muslime selbst, wenn deren übergroße friedliche Mehrheit durch derartige Taten in Misskredit gebracht wird. Deshalb wird weitestmögliche Zusammenarbeit aller Gutwilligen zur gemeinsamen Sicherung des Rechtsstaats und seiner Grundlagen erforderlich.

Problematisch erscheinen allerdings auch manche Phänomene identitärer Selbstvergewisserung, soweit sie nur ab- und ausgrenzend wirken sollen. So wichtig die Durchsetzung und Verteidigung der auch in Deutschland ja noch neuen Gleichberechtigung der Geschlechter ist, so wenig glaubwürdig wirken jene, die nur Muslimen (teils durchaus zu Recht) Einstellungen vorwerfen, die damit unvereinbar sind, ohne ansonsten als Förderer der Gleichberechtigung aufzufallen. Ähnlich gilt für die häufig – selten von Juden – beschworene jüdisch-christliche Symbiose in der abendländischen Kultur. Dass eine solche Sicht für die Gegenwart mehr als erfreulich, ja nötig ist, versteht sich von selbst. Eine Beschreibung der Vergangenheit trifft sie sicherlich nicht. Vollends unredlich würde ihre bloße Instrumentalisierung zur Ausgrenzung von Muslimen. Immerhin finden sich zwischen orthopraktisch orientierten Juden und Muslimen manche Gemeinsamkeiten, auf die schon die jüdische Wissenschaft des frühen 19. Jahrhunderts hingewiesen hat. Ebenso bedenklich sind gelegentliche Tendenzen zur bewussten Selbstüberhöhung und -abschottung, wie sie etwa in muslimisch-salafitischen Zirkeln zu beobachten ist.

Demgegenüber positiv zu bewerten sind Veränderungen durch zunehmende Partizipation von Musliminnen und Muslimen an allgemeinen gesellschaftlichen Debatten über die Grundlagen des Zusammenlebens und die Zukunft des Landes. 2011 gab es bspw. muslimische Stellungnahmen zum Umgang mit der Präimplantationsdiagnostik im deutschen Bundestag – Beiträge zu einem ethischen Grundkonsens der gesamten Gesellschaft.

Insgesamt hat vor allem die muslimische Institutionenbildung eine Debatte darüber ausgelöst, ob das geltende Religionsverfassungsrecht seine Aufgaben weiterhin adäquat erfüllen kann. Hier ist nicht der Raum, auf die umfangreiche einschlägige Debatte einzugehen. Positiv ist zu vermerken, dass das säkulare, aber positiv religionsoffene Verfassungsmodell Deutschlands auf sehr viel mehr Akzeptanz stößt und deutlich aufnahmefähiger ist als das konzeptionell streng laizistische Modell Frankreichs, das seinerseits in die Diskussion geraten ist (Stichwort „laïcité positive“). Einzelne Neuinterpretationen mögen erforderlich werden, das System insgesamt scheint sich aber weiterhin zu bewähren. Auch in Frankreich scheint das vor-laizistische Modell Elsass-Lothringens, das dem deutschen Recht nahe kommt, zusehends an Interesse zu gewinnen.

C. Veränderungen des Islam in Deutschland

So wenig spektakulär es ist, dass Deutschland sich durch die Präsenz muslimischen Lebens ändert, so wenig überraschend sind Einflüsse der Umgebungsgesellschaft auf dieses muslimische Leben. Mag auch „der Islam“ als Religion in seinen Grundpfeilern unveränderlich sein oder zumindest weitgehend so verstanden werden, so wird der Zugang zu ihm doch maßgeblich von Menschen geprägt, die ihrerseits in einer bestimmten, je eigenen kulturell-sozialen Umgebung aufwachsen und leben. Wie anderen Weltreligionen ist daher auch dem Islam Pluralität in die Wiege gelegt. Nicht von ungefähr nimmt der Islam im europäischen Bosnien eine deutlich andere Gestalt an als auf der Arabischen Halbinsel oder in Südasien. Einige spezifische Prägungen kommen indes hinzu.

Seit ungefähr einer Dekade ist eine zunehmende Islamisierung der Muslime in der öffentlichen Wahrnehmung zu beobachten, in den Medien wie im Alltagsleben. Gab es vormals ein vermeintliches oder tatsächliches „Ausländerproblem“, so werden heute Probleme von Migration und Integration oft umstandslos der Religionszugehörigkeit zugeschrieben. Damit geht eine Änderung im Selbstverständnis gerade unter manchen jungen Musliminnen und Muslimen einher. Dazu könnten auch fehlende Zugänge zu säkularen Institutionen beigetragen haben; dann mag der religiöse Verein die „Nestwärme“ vermitteln, die man zuvor vergeblich andernorts gesucht hat.

Spiegelbildlich dazu laufen die Religion und ihre Institutionen Gefahr, Erwartungen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen ausgesetzt zu werden, die sie kaum

erfüllen können. Dabei geht es nicht nur darum, dass Imamen, die dafür kaum vorbereitet sind, nunmehr neue Tätigkeitsfelder vom interreligiösen Dialog bis zur Sozialarbeit zugewiesen werden. Es erscheint vielmehr auch nicht selbstverständlich, dass die Moschee als der natürliche Ort für schulischen Nachhilfeunterricht oder der islamische Religionsunterricht als Mittel von Integrationsmaßnahmen aller Art angesehen werden. Solche Entwicklungen können im Einzelfall hilfreich sein. Allerdings können sich damit auch Gewichte im zivilgesellschaftlichen Leben verschieben, ohne dass die Implikationen stets hinreichend bedacht werden.

Nicht zuletzt bietet Deutschland und Europa ein hervorragendes Experimentierfeld für die Entwicklung einer islamischen Theologie im säkularen staatlichen Rahmen. Weitreichende Meinungsfreiheit, die Möglichkeit zur kritischen Anfrage und die Trennung von staatlicher Machtausübung sind prägende Rahmenbedingungen für solche Entwicklungen, die bereits begonnen haben und deren Wirkungen künftig weit über die Grenzen des Landes hinaus spürbar werden können. Die Religion als „guidance“ statt als „governance“, „Bildungs-“ und „Gender-Dschihad“ und „Öko-Islam“ sind Stichworte, welche sicherlich nicht nur das neugierige Interesse von Wissenschaftlern wecken.

Abschließend sei die These aufgestellt, dass die Zukunft des Islam in Deutschland die Zukunft der Religionen im öffentlichen Raum insgesamt beeinflussen wird. Wer die Präsenz von Religion im öffentlichen Raum ablehnt, mag beim Islam einen ersten Ansatzpunkt finden. Zugleich ist die Art und Weise der Begegnung der Religionen im Lande sicherlich auch ein Indikator für das bestehende Selbstverständnis. Die vielfach spürbare Angst vor dem als vital wahrgenommenen Islam erscheint ja in Wirklichkeit auch als Angst vor der wahrgenommenen Schwäche des Christentums. Insofern hält „der Islam“ den Christen eigentlich nur den Spiegel vor.

Insgesamt ist es sachangemessen und wünschenswert, sich aus dem Gegensatz „wir“ und „sie“ zu lösen. Ungefähr die Hälfte der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime sind Deutsche; ein großer Teil der anderen lebt seit langem im Land und wird auch dauerhaft hier bleiben. Der Islam ist also weniger und weniger ein Migrationsphänomen und mehr und mehr ein Teil Deutschlands. Der Islam verändert aus solcher Sicht nicht das gesellschaftliche Leben, sondern trägt schlicht dazu bei. Gleiche Rechte und Pflichten für alle Menschen in Deutschland sollten selbstverständliche „Hausordnung“ sein. Gegensätze und inhaltliche Konflikte wird es auch künftig geben. Wichtig ist indes, zunächst zuzuhören, wer welche Religion in welcher Weise interpretiert und zu welchen Schlüssen und Umsetzungen gelangt. Nur dies kann zeigen, wer die Grundgemeinsamkeiten friedlichen und rechtsstaatlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens mitträgt, und wer sich dagegen stellt. Die Bekämpfung von Extremismen aller Richtungen sollte dabei gemeinsame Aufgabe sein.

Weiterführende Literaturhinweise:

Umfangreiche Materialien finden sich auf der Website der Deutschen Islamkonferenz unter <http://www.deutsche-islam-konferenz.de>

ROHE, Mathias, *Das islamische Recht: Geschichte und Gegenwart*; 1. und 2. durchgesehene Auflage, München 2009, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage 2011.

ROHE, Mathias, *Der Islam – Alltagskonflikte und Lösungen. Rechtliche Perspektiven*; Freiburg/Breisgau: Herder-Verlag, 2. Aufl. Ende 2001.

ROHE, Mathias, Islam und säkularer Rechtsstaat: Grundlagen und gesellschaftlicher Diskurs, in: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, 13–14/2011, 28. März 2011, 21.

ROHE, Mathias, Islam und Menschenrechte. Konfliktlinien und Lösungsansätze, in: THOMAS NAWRATH/PHILIPP W. HILDMANN (Hg.), *Interkultureller Dialog und Menschenrechte*, Nordhausen 2010, 141–168.

ROHE, Mathias, Islamismus in Deutschland – Einige Anmerkungen zum Thema, in: Thorsten Gerald SCHNEIDERS (Hg.), *Islamverherrlichung – Wenn die Kritik zum Tabu wird*, Wiesbaden 2010, 171–184.

The Emancipation of Europe's Muslims¹

Jonathan Laurence²

Just over 1 percent of the world's 1.5 billion Muslims reside in Western Europe, yet this immigrant-origin minority has had a disproportionate impact on religion and politics in its new and former homelands. The Muslim population ballooned in just fifty years from some tens of thousands to 16 or 17 million – approximately one out of every twenty-five Western Europeans – in 2010. During the formative decades of this settlement (1960–1990), Europeans permitted foreign governments and NGOs from the Islamic world to have a free hand in shaping Muslims' religious and political life. But persistent integration difficulties and sporadic terrorism persuaded European governments that their laissez-faire approach had far-reaching unintended consequences on host societies' way of life. Between 1990 and 2010, authorities across Europe belatedly acknowledged that the once-temporary labor migrants – and now, their children and grandchildren – are part of the permanent demographic and political landscape. Their earlier hesitation incurred costs, however, and their newfound sense of ownership is plagued by ambivalence. With projections showing continued demographic growth before leveling off at 25–30 million people (or 7–8 %) in 2030, Western European governments have no choice but to look upon their Muslim minorities today as angels imprisoned in a block of marble: a community of new and future citizens whose contours are still being sculpted.³

As European Muslims have become more numerous and visible in public life in the past decade, national governments have expended time, effort, and resources on pursuing policies that would encourage the integration of these immigrant-origin populations. The consolidating instinct of the nation-state has been in full resurgence, as governments across Europe conspicuously pursue the preservation of national identity, social cohesion, and “guiding culture.” Measures have ranged from religious re-

1 This material draws extensively on the author's new book, *The Emancipation of Europe's Muslims*, Princeton 2012.

2 Jonathan Laurence is an associate professor of political science at Boston College and a senior nonresident fellow at the Brookings Institution. See: www.jonathanlaurence.net.

3 On the verge of an earlier age of state formation, prior to the Second Reform Act that extended suffrage to part of the working classes, British Prime Minister Benjamin Disraeli was said to have discerned the “Conservative working man as the sculptor perceives the angel prisoned in a block of marble,” *The Times* (London), 1883. His contemporary Lord Derby wrote, “No doubt we are making a great experiment and taking ‘a leap in the dark’ but I have the greatest confidence in the sound sense of my fellow-countrymen, and I entertain a strong hope that the extended franchise which we are now conferring upon them will be the means of placing the institutions of this country on a firmer basis, and that the passing of this measure will tend to increase the loyalty and contentment of a great proportion of Her Majesty's subjects,” 1867. Source for demographic projection: Pew Forum, *The Future of the Global Muslim Population*, 2011. See <http://www.pewforum.org/2011/01/27/the-future-of-the-global-muslim-population/>.